

Fragen an Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer am 13.02.2026

Karl-Ludwig Rostock (Präsident Bayerischer Erwerbstobstbau-Verband e.V), Krombach-Oberschur:

- Vor allem im Bereich Obstbau, aber auch darüber hinaus ist es dringend nötig, die Pflanzenschutzmittelzulassung zu überarbeiten und damit praxistauglicher zu regeln. Die künftigen Aufzeichnungspflichten (georeferenziert, minutengenau, usw) verursachen Probleme in der Praxis.
- Um die arbeitsintensive Erzeugung von Obst - aber auch darüber hinaus- in Deutschland zu erhalten, sind Ausnahmen vom Mindestlohn nötig und der Bereich kurzfristige Beschäftigung rechtssicher umzugestalten. Zudem soll eine überarbeitete Drittstaatenregelung die Möglichkeit schaffen, Arbeitskräfte auch aus zusätzlichen Ländern einzusetzen.

Jochen Herberich (BBV-Kreisobmann Miltenberg), Eschau-Unteraulenhach:

- Die Acker-Grünlandstatusregelung soll überarbeitet werden und den Zwang nehmen, nach Ablauf bestimmter Jahre Grünland zwingend umzubrechen.
- Zudem fordern unsere Landwirte, dass Ackerfläche, die sich zu einem Biotop entwickelte, wieder als Acker verwendbar wird.
- Die Einzugsbereiche der Wasserschutzgebiete werden immer größer gezogen. Damit kommen weitere Auflagen auf betroffene Landwirte zu. Die aktuelle Entschädigungsregelung soll unbürokratischer geregelt werden.

Reinhard Wolz (BBV-Kreisobmann Main-Spessart), Marktheidenfeld-Marienbrunn:

- Mercosur: Wie ist Ihre persönliche Meinung dazu?
- Tierhaltungsverordnung: Was kommt auf Landwirte zu?

Michael Schuhmann (Geschäftsführer des MR-Untermain), Schöllkrippen:

- Die Anerkennungsrichtlinie der SVLFG für Betriebshelfer sollen gelockert werden. Aktuell dürfen nur von der SVLFG anerkannte Betriebshelfer eine erhöhte Helferentschädigung bekommen. Dafür müssen sie jährlich mindestens einen Einsatz haben. Eine dreimalige Anerkennung ist aktuell möglich. Nach dem Wegfall der 3. Anerkennung ist die jeweilige Person nicht mehr als anerkannter Betriebshelfer einsetzbar. Weiter steht in Kritik, dass ein anerkannter Betriebshelfer mehr als 3 ha bewirtschaften muss.
Künftig soll lediglich eine landwirtschaftliche Ausbildung ausreichen, um anerkannter Betriebshelfer im Sinne der SVLFG zu werden.

Christian Seitz (Stellv. BBV-Kreisobmann Aschaffenburg), Großostheim:

- Rote und Gelbe Gebiete sind weggefallen. Der Bauernverband erarbeitet Vorschläge, die zielführend und praxistauglich sind. Welche Möglichkeiten bestehen, komplett neue Regelungen zu vereinbaren?

Sascha Glaab (BBV-Kreisvorstandsmitglied Aschaffenburg), Kleinostheim:

- Die Schadnagerbekämpfung soll künftig weiterhin von Landwirten möglich sein. Diesbezüglich fordern wir, die dafür nötige Sachkunde weiterhin auch nach neuer Rechtslage im aktuellen Pflanzenschutzsachkundenachweis zu integrieren.
- Die Möglichkeiten neue Tierställe zu bauen werden durch aktuelle Gesetze enorm behindert, weil Interessengruppen vor Ort die zahlreichen rechtlichen Möglichkeiten nutzen und damit Neubauten verzögern, bis dem Landwirt "die Luft ausgeht". Klagemöglichkeiten sollen künftig nur dann zulässig sein, wenn eine ernstzunehmende persönliche Betroffenheit vorliegt.

Diana Reinhart (BBV-Kreisbäuerin Miltenberg), Niedernberg:

- Momentan gehen die Anforderungen an die Landwirtschaft weiter auseinander (Mercosur, politische Vorgaben, usw.). Gleichzeitig nehmen die Existenzängste der Landwirtschaftsfamilien zu. Wie wollen Sie dem entgegenwirken?
- Welche Maßnahmen gedenken Sie zu unternehmen, um landwirtschaftliche Wissenslücken in der Bevölkerung zu schließen?

Marie-Christin Jung (Stellv. BBV-Kreisbäuerin Aschaffenburg), Sommerkahl:

- Wie planen Sie die Einkommen der Landwirte zu sichern und zu verbessern?
- Welche Maßnahmen unternehmen Sie, um die Rentabilität der Landwirtschaft zu steigern?

Dr. Guido Steinel (Vorstand Grünland Spessart e.V. und Sprecher Organisationsteam Schlachthofneubau), Johannesberg:

- Eine regionale Vermarktung hilft Landwirten höhere Marktpreise zu erzielen und damit ihre Existenz zu sichern. In dieser Hinsicht schlagen wir vor, eine virtuelle Markthalle zu installieren, die von Landwirten vor Ort genutzt werden kann.

Leon Parr (Sprecher BBV-NextGeneration), Westerngrund:

- Landwirtschaft ist ein anspruchsvoller Beruf und erfordert eine gute Ausbildung. Sämtliche Berufs- und Fachschulen sollen besser ausgestattet werden (genutzte Technik an Schulen). Ebenso soll eine bessere Unterstützung bei den Fortbildungskosten (wie in anderen Berufen auch) zur Ausbildung animieren.

Eugen Reinhart (Sellv. BBV-Kreisobmann Miltenberg), Niedernberg:

- Aus Sicht der Landwirte ist wichtig, mehr Planungssicherheit zu haben (Bestandsschutz, sprunghafte Politik ist zu vermeiden und vernichtet Kapital). Vor allem Unternehmer und Unternehmerinnen sind enorm verunsichert.
- Dringend nötig ist auch, dass politische Entscheidungen schneller an den Verwaltungen vor Ort ankommen und damit auch schneller zur Wirkung kommen.

Ralf Parr (BBV-Kreisobmann Aschaffenburg), Westerngrund:

- Der Wolf ist in unserem Gebiet dabei, sich anzusiedeln. Zäune stellen oder Herdenschutzhunde anschaffen sind teuer und bringen weitere Probleme mit sich. Aus unserer Sicht bringt gerade die gezielte Bejagung des Wolfes eine dauerhafte und kostengünstige Regelung.
- Gerade am Untermain (Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg) ist der gesamte Flächenverbrauch (PV-Freifläche, Strompeicher, Windkraft, Industriefläche, Stromspeicher usw.) für Vollerwerbslandwirte existenzbedrohend geworden. Flächensparende Regelungen sind gefragt sowie die Möglichkeit bei Neubau von Anlagen für Erneuerbaren Energien auf Ausgleichsfläche zu verzichten.
- Die Auflagen für den Weideschuss sollen reduziert werden, damit Aufwand und Kosten fallen.
- Für landwirtschaftliche Transporte soll die Verpflichtung einen Fahrtenschreiben zu haben generell entfallen. Zusätzlich sollen landwirtschaftliche Fahrten nicht dem Sonntagsfahrtsverbot unterliegen (z. B. auch für Pickup mit LKW-Zulassung)
- Generell stehen die starren Sperrfristen der Düngeverordnung in Kritik. Hier sollte eine erleichterte Verschiebung von etwa 5 Tagen möglich sein.

Winfried Bruder (Sprecher Arbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften Untermain), Karlstein-Großwelzheim:

- Künftig soll die Phosphatrückgewinnung aus Klärschlamm verstärkt genutzt werden. Die Vorteile: In der Klärschlammasche ist das Phosphat nicht wasserlöslich und führt in belasteten Gebieten nicht zur Auswaschung. Außerdem wird damit der Düngerzukauf aus dem Ausland reduziert.